

# **Jugendrat Heidelberg**

## **- Stellungnahme zu den Positionen der Verwaltung zum Jugendgemeinderat -**

*Beschluss des Jugendrates vom 22. Dezember 2004*

Die Stadtverwaltung hat gegenüber den Sprechern des Jugendrats (JR) folgende Positionen zur Einrichtung eines Jugendgemeinderates (JGR) in Heidelberg bezogen:

- Eine Urwahl kann und soll wie vom Jugendrat in seinem Konzept vorgeschlagen stattfinden.
- Der JGR soll sich analog zu der Satzung des Migrationsrates aus den gewählten Vertretern des Jugendrates sowie aus je einem Vertreter der Fraktionen des Gemeinderates zusammensetzen.
- Der JGR soll wie der JR zwei beratende Mitglieder in den JHA entsenden.
- Der JGR soll zusätzlich analog zum Verfahren mit dem Migrationsrat die Möglichkeit zur beratenden Funktion in den gemeinderätlichen Ausschüssen bekommen. Konkret bedeutet das, dass der Gemeinderat maximal je einen Vertreter des JGR auf dessen Vorschlag in die gemeinderätlichen Ausschüsse für die Dauer einer Legislaturperiode des JGR berufen kann. Die Verwaltung hält dieses Verfahren deshalb für wichtig, damit die Gleichheit zwischen JGR und Migrationsrat gewahrt bleibt.
- Die Verwaltung hält ein Rederecht des JGR im Gemeinderat zum jetzigen Zeitpunkt politisch nicht für praktikabel.
- Die Einrichtung des JGR soll per Satzung verankert werden.

Der Jugendrat bezieht dazu wie folgt Stellung:

- Wir finden, dass die Arbeit der Verwaltung, durch die das Projekt Jugendgemeinderat nun auch von dieser Seite deutlich erkennbare Konturen bekommt, in die absolut richtige Richtung geht.
- Wir freuen uns darüber, dass die Verwaltung die Urwahl nach dem von uns erarbeiteten Konzept an den Schulen durchführen will.
- Wir halten den Vorschlag der Verwaltung, Gemeinderäte als beratende Mitglieder in den JGR zu berufen, für richtig, da dadurch die derzeit noch immer sehr schlechte Kommunikation zwischen JGR und Gemeinderat erheblich verbessert wird. Allerdings muss es für den JGR auch eine Möglichkeit geben, im Laufe jeder Sitzung unter Ausschluss der Gemeinderäte zu tagen, um ohne Hemmschwellen frei reden zu können.
- Wir halten einen Vergleich zwischen JGR und Migrationsrat für nicht richtig. Der JGR führt insbesondere Jugendliche an den demokratischen Prozess heran, und hat deshalb eine völlig andere Funktion und auch Position als der Migrationsrat. Wir finden, dass es notwendig ist, die Teilnahme von jeweils zwei der JGR-Mitglieder mit beratender Stimme an den Sitzungen des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses sowie des Kulturausschusses in der Geschäftsordnung des Gemeinderates festzuschreiben und dem JGR zu einem späteren Zeitpunkt die Möglichkeit zu geben, diese Tätigkeiten auf andere Ausschüsse auszudehnen. Wir können den Vorschlag der Verwaltung annehmen, wenn gleichzeitig politisch sichergestellt wird, dass eine Arbeit des JGR in den genannten Ausschüssen nicht gefährdet ist und die Verwaltung

einen praktikablen Vorschlag zu einem regelmäßigen Rederecht im Gemeinderat macht.

- Wir meinen, dass es nicht Aufgabe der Verwaltung ist über den Sinn eines Rederechts im Gemeinderates zu entscheiden, sondern wir denken vielmehr, dass dies Aufgabe des Gemeinderates sei. Wir halten an unserer Forderung nach einem Rederecht im Gemeinderat fest.

Wir hoffen nun auf eine weitestgehende Einigung mit allen Beteiligten in allen Punkten und freuen uns auf weitere intensive Diskussionen mit Verwaltung und Gemeinderat. Unser Ziel ist eine möglichst gute Beteiligung von Jugendlichen an den Entscheidungsprozessen innerhalb der Stadt Heidelberg und wir werden dabei mit allen Beteiligten so eng wie möglich zusammenarbeiten.